

# Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Nr. 41 / 40. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.  
Bezugspreis  
pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Bräudenstraße 10b  
Fernsprecher: Moritzplatz 2120

Bestellung  
bei allen Postämtern.  
Mittelteller kostenlos

Berlin, 15. Oktober 1926

## Typisierung — Normung.

Die moderne Technik drängt mit Naturnotwendigkeit zur immer weiteren Spezialisierung des Arbeitsprozesses. Ein Rückblick von wenigen Jahrzehnten genügt, um die ständig fortschreitende Wandlung der handwerksmäßigen Herstellung zur Maschinenarbeit festzustellen. Selbst Bewußt, die noch vor kurzen gegen die technische Umwälzung als gefest gatten, sind durch die fortschreitende Spezialisierung der gesamten Produktion ebenfalls auseinandergerissen und im einzelnen wieder spezialisierter worden. Nach dieser Spezialisierung der einzelnen Industrien und Gewerbe und selbst der daraus entstehenden Spezialbranchen machte die Spezialisierung vor dem einzelnen Arbeiter nicht halt, sondern auch hier Teilung in der Herstellung bis zum feinsten Ausmaß. Diese Teilung beginnt natürlich die isolationshafte Herstellung. War diese gegeben, so trat von selbst die Preisregelung hinsichtlich der Berechnung von hierfür geleisteten Arbeit ein. Das Arbeitslohn, der Arbeitsstundenlohn, oder die Berechnung nach der Zeitdauer des sich immer wiederholenden Arbeitsprozesses war die Folge. Billig fabrizieren, um Konkurrenz zu können, sind ja die Grundprinzipien der heutigen kapitalistischen Produktionsweise.

Die Spezialisierung hat den Methoden von Taylor, Holentz und Ford — im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten — zuerst der Produktionsorganisation auf der sogenannten wissenschaftlichen Basis die Wege gebahnt. Das Produkt ist bei dieser Organisation der Arbeit stets das Schema. Immer wiederholende Teilarbeit mit automatischer Genauigkeit ausgeführt. Ein Teil wie der andere. Gleichgültig, ob es sich um Schrauben, Federn, Nägeln, Näder und dergleichen handelt. Am ausgeprägtesten zeigt diese automatische Organisation des Arbeitsprozesses der Betrieb Ford. Aber es handelt sich in diesem Betrieb auch um ein Produkt, das durch die intensive Organisation des Abflages eine riesige Anzahl von Autos in der Produktion gewährleistet. Also die Möglichkeit eines großen Abflages hat die automatische Teilarbeit am fließenden Band in Bewegung. Bei einem geringen Abfluß der Produktion lohnt sich die Umstellung nicht. Es käme dem gleich, als wollte man in einer abgelegenen Provinzstadt eine Untergrundbahn errichten zur Regelung des örtlichen Verkehrs. Der Wagenbetrieb oder der Wagenabfluß ist also die Voraussetzung.

Durch die Gleichmäßigkeit der einzelnen Teile in Hunderttausendfachen Herstellung ergibt sich nicht nur im einzelnen Teil das Typische, sondern auch beim fertigen Produkt. So ist aus dem automatischen Arbeitsprozeß die Typologie geboren. Es ist nicht verwunderlich, daß die Typologie der Typisierung bei einem Volke — wie dem Nordamerikas — besonders zum Ausdruck kommt. Haben doch die Vereinigten Staaten von Nordamerika keine lange geschichtliche Tradition, das Volk wuzelt nicht in Jahrtausend alter Bodenständigkeit. Sondern ist aus allen Kulturvölkern des Erdballs in den letzten 100 Jahren zusammengedrängt. Nicht die schlechtesten Kenner der amerikanischen Verhältnisse behaupten, daß die Typisierung ihrer Wirtschaft, der Mode, des öffentlichen Lebens usw. gleich ist. Ja nahezu den Nationalcharakter verkörpert. Die Typisierung hat zunächst bewirkt, daß die vielen verschiedenen Arten der Produkte verschwand. Aber das Bedeutendste ist die dadurch erzielte Verbilligung der Produktion. Die Verbilligung mußte folgen, wobei ist die in immer weiteren Kreisen Wafuß finden. Dabei ist die Konsumfähigkeit weiterer Volkstreffs die Hauptfrage. Aber bei der Typisierung blieb man nicht stehen. Die Typologie, rein technisch betrachtet, der Normung das fest erschlossen. Nicht nur im Lande selbst, sondern auch in geschätzter Form verstand es Nordamerika, die Südländern für eine Normungskonferenz zu interessieren. Zwölf der größten Staaten nahmen daran teil, und was die Hauptfrage ist, man kam überein, eine Grundlage und einheitliche Bestimmungen für Qualitätsbestimmungen der am meisten gehandelten Rohstoffe und industriellen Erzeugnisse zu schaffen. Deshalb ferner die Gründung von Organisationsgremien zur systematischen Durchführung der Normungen arbeiten. Zugleich den gegenseitigen Austausch der zunächst als Versuchsnormen anzusehenden Arbeitsergebnisse.

Auch in Deutschland besteht ein Normenausschuß, welcher ständig auf der Leipziger Messe seine Vertretung hat. Neben für Normungsträger Interessierte kann sich über den jeweiligen Stand der Normungen arbeiten unterhalten. Dabei wächst die Zahl der Firmen, die sich die Normung zunutze machen wollen, ständig. Schon die schärfste Wirtschaftslage verschiedener Industrien zwingt die früher als sonst zur Einführung der Normung. Auch die Reichsregierung hat sich für die Einführung der Normung entschieden. Also fünfzig Jahren werden nicht verumwandelte Firmen, jede für sich. Weltberühmte des Wagens, Näder, Federung, Maschinen, Unterbau, Rahmenbau und dergleichen nach ihrer bisherigen Praxis bauen, sondern

nach der genauen Richtschnur, nach dem vorgeschriebenen normalen Muster (Normung) sich richten müssen, um eine Einheitlichkeit vom kleinsten Teil bis zum fertigen Wagon zu erzielen. Durch die Spezialisierung über die Typisierung geht der Weg zur Normung, also im technischen Sinne eine weitere Rationalisierung des Arbeitsprozesses. Mit der Normierung der Produktion muß eine gesteigerte Nachfrage nach Absatz einhergehen. Bei uns zu Lande, wo betamlich in allen Tonarten heute „Nationalisierung der Betriebe“ gemacht wird, wobei die Löhne und Gehälter meistens herabgesetzt statt hinaufgesetzt werden, um somit weitere Kreise der Arbeiter und Angestellten, statt konsumträchtig zu machen, vom Markte ausgeschlossen werden, wird die Normierung auf vielen Gebieten nicht den selbst nach deutschen Verhältnissen voraussetzungen Erfolg haben.

Zunächst ist es angebracht, alle Versuche, die darauf laßen, „alles und unter allen Umständen zu rationalisieren“, mit größter Vorsicht zu genießen. Denn wenn schon die allmähliche Typisierung verschiedener Wirtschaftszweige, im weiteren Verlauf die Normung, dort, wo sie angebracht sind, sich durchsetzen werden, so ist das ein technischer Fortschritt, den anzuhalten einer Maschinenindustrie gleichmäßig. Aber Deutschland und darüber hinaus Europa sind nicht mit Amerika hinsichtlich der ökonomischen Struktur zu vergleichen. Die hemmungslose Einführung amerikanischer Methoden würden bei uns andere Zustände auslösen als drüben. Denn als Amerika seine Industrialisierung begann, war es ein menschen- und arbeitersparendes Land und mußte die Arbeitskraft, die es notwendig hatte, sehr hoch bezahlen. Andererseits schützte sich Amerika nicht nur durch fälschliche Schutzzölle, sondern auch andererseits durch die Normierung der Einwanderung. Es hält sich das preisbildende Angebot überflüssiger Arbeitskräfte durch die Normierung der Einwanderung. Es hält sich das preisbildende Angebot überflüssiger Arbeitskräfte durch die Normierung der Einwanderung. Es hält sich das preisbildende Angebot überflüssiger Arbeitskräfte durch die Normierung der Einwanderung. Es hält sich das preisbildende Angebot überflüssiger Arbeitskräfte durch die Normierung der Einwanderung.

Auch ist damit dem Volksganzen und der Arbeiterkraft in besonderer nicht gebietet, wenn das Ergebnis einer überstärzten Normierung nur einem Teil der jeweilig in Beschäftigung stehenden Arbeiter, einen höheren Verdienst mit der Zeit gewährleistet, während das Gros arbeitslos, eine in seinen Verhältnissen stehende Reservearmee darstellt, die aber für den Lebensstandard der Arbeiter eine ständige Gefahr bilden.

Denn dort, wo der Umstellungsprozeß soweit fortgeschritten ist, daß die Umstellung technisch bedingt oder auch begünstigt wird durch das herzustellende Produkt, wie z. B. in der Automobilindustrie, ist diese sich auswirkende technische Vollkommenheit einer Automatisierung der Produktion gleichzusetzen. Die Typisierung, Normung und die damit verbundene Rationalisierung der einzelnen Industrien hat im Endziele die Automatisierung der Wirtschaft zur Folge. Also andererseits die ständig fortschreitende Ausschaltung der menschlichen Arbeitskraft aus dem Arbeitsprozeß. Dieser Umstellungsprozeß, der das Ausschalten weiterer menschlichen Arbeitskräfte bewirkt, ist eine der Hauptursachen der anhaltenden Arbeitslosigkeit. —fg—

## Tarifamtsigung für die Lederwarenindustrie.

Am 24. September tagte in Frankfurt a. M. unter Vorsitz des Herrn Dr. Gisse und der hiesigen Beauftragung des Tarifamt für die Lederwarenindustrie. Die Parteien erklärten sich zunächst mit dem Tarifvertrag in der gedruckt vorliegenden Form einverstanden. Herr Dr. Gisse will jedoch namens der Arbeitgeber eine besondere Drücklegung veranlassen, weil im vorliegenden Vertrag in seiner Weise das zwangsweise Zustandekommen des Tarifvertrags gefangen sei. Es handelte sich um einen verbindlich erklärten Schiedspruch, nicht um einen verbindlichen Vertrag. Die Arbeitgeber sind aber einverstanden, daß der vorliegende Vertragsabdruck den Verhandlungen als Grundlage dient.

Eine Berufung des Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes in Sachen Klösch gegen die Firma Bulch u. Co., Leipzig, wird noch auf die Tagesordnung gesetzt.

Zunächst wurde dann über eine Anfrage des Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes verhandelt, ob die in § 2 Ziffer 5 Abf. 4 festgelegte Berechnungsart der Karenzzeit bei Wiedereinstellung nur für die Ferien oder auch für die in Ziffer 4 festgelegten Feiertage gelte. Kollege Blum begründet die Anfrage mit dem Hinweis,

daß im Offenbacher Bezirk der Ferien- und Feiertagsanspruch geschmälert worden sei. Auf Empfehlung des Tarifamts wurde diese neue Bestimmung betreffs der Karenzzeit von 3 Monaten angenommen.

Das Tarifamt gibt folgende Auslegung:

Der rein zufälligen Stellung des Abf. 4 in Ziffer 5 kann keine ausschlaggebende Bedeutung zukommen. Die Vorschrift hätte ebensogut als besondere Ziffer an einer anderen Stelle § 2 eingereiht werden können. Ferien und Feiertage sind soziale Erleichterungen, die nach gleichen Grundfragen zu beurteilen sind. Zur Zeit der Stellung des Tarifvertrags vom 8./17. Juli 1924 haben dem Tarifamt Fälle vorgelegen, die ihm Veranlassung gaben, den Parteien die Schaffung einer solchen Bestimmung entsprechend dem Berliner Vertrag zur Vermeidung einer Unterbrechung der Karenzzeit überhaupt zu empfehlen. Es ist nur natürlich, daß die gleichen Grundfragen, die für Ferien gelten, auch für Feiertage Anwendung zu finden haben; an ihnen wird ebenso wie bei der Urlaubszahlung Lohn für nicht geleistete Arbeit gezahlt. Dann entspricht auch die Bestimmung der letzteren Einzelüberschriften und die Stellung aller dieser Vorschriften unter einer einheitlichen Überschrift in § 2. Daher gilt die Bestimmung des § 2 Ziffer 5 Abf. 4 nach ihrem Sinne auch für § 2 Ziffer 4 (Feiertage), siehe die Erklärung vom 18. Februar 1925 Punkt 2 und 3.

Dann lag eine Anfrage des Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes vor zu § 3 Ziffer 2. Erhalten die angelernten Arbeiterinnen der Kofferindustrie 5 Proz. mehr als männliche Hilfsarbeiter, oder 5 Proz. mehr als die Gruppe der Arbeiterinnen? Hierzu gab das Tarifamt folgende Erklärung: „Die Einfügung der angelernten Arbeiter und Arbeiterinnen erfolgte, um die aus den letzteren § 3 Ziffer 1 Abf. 2 hervorgegangenen Schwierigkeiten für die Kofferindustrie zu beseitigen und hierfür eine Erleichterung zu gewähren. Es wurden selber Arbeiterinnen, die sich die Fähigkeiten des angelernten Arbeiters angeeignet haben und die Arbeiten eines solchen ausführen, wie Facharbeiter bezahlt. Es erhielt z. B. in Leipzig am 1. Mai 1926 eine Hilfsarbeiterin, die sich die Fähigkeiten angeeignet hat, 80 Pf. Nach dem neuen Tarifvertrag ist sie angelernte Arbeiterin und erhält, wie auch die vorgelegte Lohnabelle vom 23. Juni 1926 ergibt, 83 Pf. Die darin für die Kofferindustrie liegende Erleichterung war vom Tarifamt beabsichtigt, als die neue Gruppe vorgelegt wurde. Die hieraus im Verhältnis zur Bezahlung der Facharbeiterinnen in der übrigen Lederwarenindustrie jetzt entstehenden Größen und auffallenden Unterschiede, können nur durch Eingung der Parteien beseitigt werden.“

Zu Punkt 3 war folgende Frage gestellt: Ist durch die Bestimmung in § 3 des neuen Tarifvertrages über angelernte Arbeiter der Kofferindustrie auch diejenige Arbeit zu dem Lohn des angelernten Arbeiters zu bezahlen, die selber unbesetzten als Hilfsarbeit gezollt hat?

Hierzu hatte der Arbeitgeberverband folgende Unterfrage gestellt:

„Wenn ein angelernter Arbeiter eine bestimmte Tätigkeit ausübt, die nach den Sätzen für angelernte Arbeiter bezahlt wird, welchen Lohn hat er zu bekommen, wenn er z. B. infolge Umstellung zu einer anderen Tätigkeit erst angelernt werden muß?“

Nach erfolgter Aussprache gibt das Tarifamt folgende Erklärung hierzu ab:

„Was nach dem alten Vertrag unbesetzten Hilfsarbeiter war, ist selbstredend auch für die Zukunft Hilfsarbeiter. Wenn ein angelernter Arbeiter nicht mehr als solcher verwendet wird, so muß er nach der Fachgruppe bezahlt werden, in der er verwendet wird. Darüber, ob die andere Art der Verwendung den Übergang in eine andere Gruppe bedingt, entscheiden im einzelnen Streitfälle die Instanzen des Vertrages.“

Zu Punkt 4 ist folgende Anfrage gestellt:

Sind noch nicht erfüllte Ferienansprüche für 1926 nach dem neuen oder nach dem alten Vertrag zu bezahlen? (§ 2 Ziffer 5.) Hierzu gibt das Tarifamt folgende Erklärung: „Das Tarifamt hat die vorliegende Frage in der Sitzung vom 25. 9. 1924 entschieden. Nach dem alten Vertrag war der Ferienanspruch am 1. Januar erworben und die Ferien mußten in der Zeit vom 1. Januar bis 1. April festgelegt werden, also unter Zugrundelegung des alten Vertrages. Nach dieser besonderen Struktur des Offenbacher Vertrages kann die Frage, ohne Rücksicht auf die verschiedenen Ansichten in der Literatur und Rechtsprechung über die Einwirkung eines neuen Tarifvertrages auf den laufenden Einzelarbeitsvertrag nur dahin beantwortet werden, daß 1926 die Ferien nach dem alten Vertrag zu gewähren sind. Dies entspricht auch der sehr herigen Handhabung durch die Vertragsparteien.“ Die Verhandlung in Sachen Klösch gegen die Firma Bulch u. Co., Leipzig, wurde durch die Berufung als unbegründet



Ohne Gewerkschaften: Ausbeutung und Zerstückung der Familie



Durch die Gewerkschaften: Gesunde Arbeiterjugend

zurückgewiesen, da eine Vertagung des § 6 I. Ziffer 1 nicht vorliegt.

Kollege Blum brachte dann die Frage der allgemeinen Verbindlichkeit des Tarifvertrages zur Sprache. Er bittet das Tarifamt einen Spruch zu fällen, daß die Arbeitgeber verpflichtet seien, gemeinsam mit der Arbeiterorganisation diese zu beantragen. Nachdem Herr Dr. War ausweichend erwidert hatte, gab das Tarifamt folgende Erklärung ab:

„Das Tarifamt erachtet die Parteien dringlichst im beiderseitigen Interesse, die allgemeine Verbindlichkeit des Vertrages vom 23. April 1926 durch die Reichsarbeitsverwaltung herbeizuführen.“

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

### Die Werbewoche in Brandenburg und Schlesien.

In Beetz, wo für uns nur der Betrieb von Fabian und Meyer in Betracht kommt, hatten die Kollegen die Werbewerksamkeit gemeinschaftlich mit dem Disauschuß arrangiert. Kollege Gerhardt übernahm das Referat.

Die Versammlung in Fürstenwalde, in der ebenfalls Kollege Gerhardt das Referat übernommen hatte, war den Verhältnissen entsprechend sehr gut besucht und konnten einige Aufnahmen gemacht werden.

In Cottbus sprach Kollege Bomb-Görlich. Die Versammlung war von zwanzig Kollegen besucht und wurden sechs Aufnahmen gemacht. Die Kollegen versprachen, die einmal begonnene Werbearbeit unermüdblich fortzusetzen, um Cottbus wieder zur alten Höhe zu bringen.

In Uckermark hatten die Kollegen am Ort und in der Umgebung lebhaft Propaganda getrieben. Die fünf Aufnahmen brachten, angelehnt der traurigen Geschäftslage am Ort ein merkwürdiger Erfolg.

Von Jossen wird gemeldet, daß die Kollegen bis auf einen kleineren Betrieb restlos organisiert sind und die größten Anstrengungen gemacht werden, auch noch die letzten paar Ableisenden heranzubolen.

Wesentlich liegen die Verhältnisse in Niesky, wo ebenfalls ein Stamm treuer, aufklärer Kollegen vorhanden ist, zurzeit aber starker Beschäftigungsrückgang die Situation ungünstig beeinflusst.

In Guben wurden mittels einer alle Fernstehenden erfassenden Hausagitation der Versuch gemacht, an dieselben heranzukommen, leider vergeblich. Das vollständige Daniederliegen der dortigen Hut- und Textilindustrie wirkt lähmend auf die gesamte Arbeiterschaft am Orte und wird es nach manchen Anzeichen bedürfen, um Guben wieder hochzubringen.

Die Referate in Grünberg und Glogau hatte Kollege Klemmisch, Breslau, übernommen. (Der Versammlungsbericht von Grünberg steht an anderer Stelle.) Es konnten einige Aufnahmen gemacht werden und warden die Kollegen die Agitation unermüdblich fortsetzen.

Die Kollegen von Potsdam und Spandau haben versucht, mittels umfassender Haus- und Betriebsagitation an die Indifferenten heranzukommen. Im übrigen beteiligten sie sich an den Veranstaltungen des Disauschusses. In Spandau konnten mehrere Aufnahmen gemacht werden.

Unterzeichner hatte in den nachstehenden Orten das Referat übernommen. In Müllrose waren etwa 30 Kollegen und Kolleginnen erschienen und konnten einige Aufnahmen gemacht werden. Es besteht hier nur der Betrieb Gebrüder Jepsche Radfahrer. Zwei Drittel der Belegschaft ist organisiert, der Rest hält es nicht für nötig, sich dem Verband anzuschließen, schimpft aber dafür um so ergiebiger auf denselben, weil er für sie nicht genügend herausholt.

In Drossen, einem kleinen Randstädtchen, besteht ebenfalls nur ein Leberwarenbetrieb und sind fast alle Sattler organisiert. Dagegen ist es sehr schwer, die Hilfsarbeiter und die Kolleginnen zu gewinnen. Von großem Einfluß ist hierbei die Einstellung der Bevölkerungskreise, aus denen diese zumeist sehr jugendlichen Arbeiterkräfte stammen.

Anschließend an die Tarifverhandlungen für die Leberwarenbetriebe des Ostens fand in Frankfurt a. O. im Gewerkschaftshaus eine Versammlung statt, an der ebenfalls auch die Belegschaft sehr zahlreich teilnahmen. Vorausgegangen war eine sehr lebhafte Verhandlung, die jedoch nicht den erwarteten Erfolg brachte. Doch konnten auch hier mehrere Aufnahmen gemacht werden.

Sehr gut besucht war die Versammlung in Landsberg a. W., wo ungefähr fünfzig Kollegen und Kolleginnen erschienen waren. Auch hier ist die schwere Krise

nicht spurlos vorübergegangen, doch ist der gute Geist der Kollegen noch immer vorhanden.

Die Organisation in Gdärlitz ist im allgemeinen sehr gut zu nennen. Trotzdem gelang es reger Haus- und Betriebsagitation, dem Verband weitere zehn Kollegen und Kolleginnen zuzuführen. Schlichte besuch wurde Veranlassung. Viele Mitglieder waren wohl den Vertagungen des zu gleicher Zeit stattfindenden Jahrmarttes verfallen und deshalb weggeblieben.

In Lehmannsdorf glauben viele Kollegen und Kolleginnen trotz der anzuwachsenden Löhne besser zu fahren, wenn sie der Organisation fernbleiben. Die Redensart: der Verband solle erst für ankündigende Löhne sorgen, dann wollen wir wieder betreten, zeigt so richtig, wie wenig diese in der Treibriemenindustrie Beschäftigten das Wesen des Verbandes erfasst haben. Doch hält auch hier ein fester Stamm treu zur Gewerkschaft, um die Fernstehenden wieder zu gewinnen.

Sehr traurig liegen die Verhältnisse in Striegau. Außer einigen Kleinmeistern beschäftigt nur die Lederwarenfirma Kieselbach Arbeitskräfte. Schon seit langer Zeit liegt hier die Beschäftigung vollständig danieder und andere Erwerbsmöglichkeiten gibt es nicht am Ort. Trotzdem ist der Geist in der Verwaltungsstelle ein sehr guter, besonders halten (was nicht überall im gleichen Maße festgehalten werden konnte), die Frauen und Mädchen treu zur Organisation.

Breslau, die Hauptstadt Schlesiens, hat unter der Wirtschaftskrise gelitten wie wenige andere Großstädte Deutschlands. Hier hat die Ortsverwaltung mit sehr gut aufgebauter Organisationsarbeit eingeleitet. Für alle Branchen wurden Werbewerksamkeiten abgehalten, die von für die Arbeitlosen sehr vorbereitend wurden. Auch die Arbeiterkassen bildete eine gemeinschaftliche Versammlung aller Berufsangehörigen besucht wurde. (Der Versammlungsbericht ist in Nr. 38 der Zeitung abgedruckt.) Kommen die Kollegen den besten Willen kundgeben, unermüdblich am weiteren Ausbau der Verwaltungsstelle zu arbeiten.

Den Abschluß der Agitationstour bildete eine Versammlung in Biegnitz. Auch hier das Bild, wie fast ausnahmslos an allen anderen Orten, Daniederliegen des Beschäftigungsganges, verbunden mit großer Arbeitslosigkeit. Die Versammlung war von fünfundsiebenzig Kollegen besucht.

Darüber, ob das Gesamtergebnis der Agitation dem Aufwand an der in Wort und Schrift geleisteten Werbearbeit entspricht, kann man schwer Feststellungen machen. Es werden im Ostgau, ohne Berlin, etwas über hundert Aufnahmen gemacht worden sein. Die Wirtschaftskrise mit ihrer Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit laßt sich nicht immer, wenig vermindert, auf der Arbeiterschaft. Ihre depressierenden Wirkungen sind betam. So konnte sich niemand der Illusion hingeben, daß es nur einer Werbewoche bedürfte, um die unorganisierten Arbeiter zu bestimmen, sich in hiesigen Häusern ihren gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen.

Ausschlaggebend muß für alle Kollegen und Kolleginnen der Gedanke sein, daß es mit dem Abschluß der Werbewoche nicht sein Bewenden haben darf. Die mit der gewerkschaftlichen Werbewoche erzielten Einbrüche dürfen nicht verworfen, sie müssen erhalten bleiben. Das kann nur geschehen, wenn die organisierten Arbeiter die Werbung für die Organisation unter ihren unorganisierten Kollegen und Kolleginnen mit aller Energie fortsetzen, wobei sie das ihnen in der Werbewoche zugegangene Material benutzen können. Dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. Es ist eine alte gewerkschaftliche Erfahrung, daß keine andere Agitation so wirksam ist, als die von Mund zu Mund.

Unter dem schmerzlichen Einfluß der Wirtschaftskrise war in diesen Orten die Werbearbeit vollständig eingestellt worden. Es ist das Verdienst der Werbewoche, diesen Bann gebrochen zu haben. Möge die begonnene Arbeit unermüdblich fortgesetzt werden bis zum endgültigen Erfolg.

Truno Engel.

Unter dem schmerzlichen Einfluß der Wirtschaftskrise war in diesen Orten die Werbearbeit vollständig eingestellt worden. Es ist das Verdienst der Werbewoche, diesen Bann gebrochen zu haben. Möge die begonnene Arbeit unermüdblich fortgesetzt werden bis zum endgültigen Erfolg.

Truno Engel.

Truno Engel.

Truno Engel.

Truno Engel.

Truno Engel.

Truno Engel.

Arbeit! Die Schwarzarbeiter sind Gehilfen, Belegschaft und nicht selten — Hilfsarbeiter, die sich in der Regel in Stellung befinden. Gegenwärtig sind es auch die vielen erwerbslosen Gehilfen, die Schwarzarbeit verrichten — trotz Erwerbslosenunterstützung, fügt er hinzu. Herr Fischer konnte sich indes nicht auf einwandfreies, festes Material stützen. Seine Ausführungen beruhten auf Mutmaßungen. In Stuttgart waren im Juni und Juli etwa 60 arbeitslose Tapezierergehilfen; mit Schwarzarbeit sei anzunehmen, daß von diesen etwa dreißig Schwarzarbeit verrichten haben. Auf Grund dieser aus der Zeit begriffenen Behauptung rechnet er, dann aus, welchen Verdienstausschlag das für die Meister bedeutet. An Zahlenmaterial führt er nur einen einzigen Fall an, der zwei Lehrlinge eine Stunde tapeziert und zwei Wollmatten aufgearbeitet haben. Trotzdem verleiht er sich zu der Behauptung, in Stuttgart würde nach seiner Schätzung allein im Tapezierergewerbe im Monat für 8000 bis 10000 Mt. Verdienst an Schwarzarbeit erzielt.

Diese Art und Weise, eine solch ernste Frage so zu behandeln, muß denn doch niedriger gehängt werden. Es ist einfach trivial, wenn Leute, die sich in sicherer Position befinden, sich dergestalt über alles hinwegsetzen, was von Referenten verlangt wird, die öffentlich reden. Sie haupt hat man in Köln sehr viel. Demjenigen wurde fast wie nichts. Wie wollen nun die Meister die Schwarzarbeit bekämpfen? — Die Klausel in den Tarifverträgen, daß Schwarzarbeit nach Feierabend verboten ist, hilft allein nicht. Er fragt: Wieviel Meister beschäftigen sich mit einem Meisterkollegen umzugehen, der ihn in solchen Fällen ausliefert?

Hier offenbar ist die ganze verlorene Moral dieser Kreise. Dem Meister ist es danach erlaubt, den Gehilfen die Arbeit und das Brot wegzunehmen. Warum stellt der Meister keine arbeitslosen Gehilfen ein, und sei es zur Aushilfe? Ganz einfach, er will alle Nebenkosten sparen. Warum holt er sich nach Herrn Fischer einen Gehilfen, der am Tage in einer Möbelfabrik arbeitet, zu arbeitslosen Schwarzarbeit? Vermutlich, weil er selbst und auch sein Meisterkollege in der Zeit, selbst die verlangte Arbeit zu leisten!

Hebrigens, wenn das ab und zu mal vorkommt, ist das ein Grund, das in dieser Weise zu verallgemeinern. Wir glauben das nicht und sehen daran nur, wie schwach und schemenhaft die Unterlagen sind, mit welchen diese Herren es wagen, solche Probleme öffentlich zu behandeln.

Wir haben der Furch- oder Schwarzarbeit noch nie das Wort geredet und wünschten nur, sie möge verschwinden. Kann sie denn aber unter den heutigen Verhältnissen überhaupt unterdrückt werden? Die Innungsmeister sind auch in Köln wieder still und schaute darüber hinweggelitten, daß sie es doch nur sich selbst zugunsten haben, wenn Schwarzarbeit geleistet wird. Wo sollen denn die Belegschaften alle bleiben, die ständig ausgestellt werden, wenn man den Meistern nach nachlegt. Sie sollen sich gegenseitig ausheilen, statt arbeitslose Gehilfen einzustellen, denn das ist der Sinn der Fischerischen Ausführungen.

Ran mag die Ergebnisse solcher Handwerkerkongresse heute noch so eingehend unter die Lupe nehmen, sie sind von einer erschreckenden Einseitigkeit und ermangeten jeden Weitblicks. Auch verliert sich Herr Th. Fischer am Ende seiner Ausführungen in einer Reihe sentimentaler Bemerkungen. „Ein höherer und Stärkerer muß empfinden, es fehlen die stützenden Unterlagen, wir spüren den Mangel an Religion. Wer seinen Gott admet, der achtet auch das Geheh.“ Solche und andere Recepte können niemals die klare Einsicht ersetzen, die notwendig ist, um gegebene Tatsachen richtig zu erkennen und sich mit ihnen abzufinden.

Die neue Zeit erfordert eine andere Würdigung der alten zünftlerischen Gebräuche und Gepflogenheiten. Man muß auch noch so sehr darauf verharren.

Freiwillig sind wir nur Teile des großen Ganzen, darin geben wir Herrn Fischer recht. Die Handwerkerkreise aber tun doch so, als wären sie selbst das Ganze; der Herr der Wirtschaft und des Volkes.

Die moderne Entwicklung geht unaufhaltsam über Strudel und suchen nun nach allen möglichen und unmöglichen Mitteln, um der wirtschaftlichen Kräftekonsum am Trost ihre Position zu halten. Mit Hilfe

### Schwarzarbeit ist verbotene Arbeit!

Schwarzarbeit ist verbotene Arbeit, und was verboten ist, gebührt bestraft zu werden, so lautet die Weisheit der Innungsgrößen, die längst in Köln a. Rh. ihr Licht erstrahlen ließen. Herr Th. Fischer aus Stuttgart hatte den Auftrag erhalten, über Schwarzarbeit und unläuteren Wettbewerb zu referieren. Er stellte gleich zu Anfang die Formel auf: „Schwarzarbeit ist verbotene

Arbeit! Die Schwarzarbeiter sind Gehilfen, Belegschaft und nicht selten — Hilfsarbeiter, die sich in der Regel in Stellung befinden. Gegenwärtig sind es auch die vielen erwerbslosen Gehilfen, die Schwarzarbeit verrichten — trotz Erwerbslosenunterstützung, fügt er hinzu. Herr Fischer konnte sich indes nicht auf einwandfreies, festes Material stützen. Seine Ausführungen beruhten auf Mutmaßungen. In Stuttgart waren im Juni und Juli etwa 60 arbeitslose Tapezierergehilfen; mit Schwarzarbeit sei anzunehmen, daß von diesen etwa dreißig Schwarzarbeit verrichten haben. Auf Grund dieser aus der Zeit begriffenen Behauptung rechnet er, dann aus, welchen Verdienstausschlag das für die Meister bedeutet. An Zahlenmaterial führt er nur einen einzigen Fall an, der zwei Lehrlinge eine Stunde tapeziert und zwei Wollmatten aufgearbeitet haben. Trotzdem verleiht er sich zu der Behauptung, in Stuttgart würde nach seiner Schätzung allein im Tapezierergewerbe im Monat für 8000 bis 10000 Mt. Verdienst an Schwarzarbeit erzielt.

# UNSERE JUGEND

## Die Arbeit.

Wohin, o Mensch, dein Auge lecht,  
So weit auf reich bebauten Fluren  
Der goldne Strahl der Sonne glüht,  
Schau' du der Arbeit Segenspuren.  
Sie sät das Korn, sie pflügt die Saat,  
Sie baut der Mühle wichtig Rad  
Und liefert Brot, uns zu ernähren,  
Drauf laßt uns ihr Panier entfallen,  
Stets höher, freier soll es wehn  
Im Kampf mit feindlichen Gewalten:  
Die Arbeit hoch! — Sie wird bestehn!

Sie schürft das Erz in tiefem Schacht  
Und bringt's der üppigen Welt zuteil,  
Sie baut Paläste voller Pracht  
Und zimmert Löten Sattelpfahge.  
Der Eisenwege fest Geleis,  
Der Sechshöcker starke Planken;  
Der Arbeit nur gehührt der Preis,  
Nur ihrer Kraft sind sie zu danken,  
Drauf laßt uns ihr Panier entfallen,  
Stets höher, freier soll es wehn  
Im Kampf mit feindlichen Gewalten:  
Die Arbeit hoch! — Sie wird bestehn!

Sie genut und schafft und hält nicht Raft,  
Andem so viel bequem sich strecken;  
Sie wirtet Seide und Damast,  
Hat Linnen taum sich zu bedecken.  
Sie wöhnt den weichen Füß der Fuß,  
Und ruht unfaßt auf hartem Bettel  
Der eignen Kraft noch unbewußt,  
Trägt sie des Goldes schwere Kette.  
Doch schon bricht an des Morgens Schimmer,  
Seht ihr das Nachtgewand vergehn?  
Die Kette bricht und fällt in Trümmer:  
Die Arbeit hoch! — Sie wird bestehn!

## Wir sind jung!

Gewiß, ihr seid jung und fühlt den Drang zum Leben  
stärker als die Alten. Alles in euch ist Lebensbejahung,  
die aber leider vielfach gedämpft und zum Teil wohl auch  
halb ertötet wird durch die leidigen sozialen Zustände, in  
welche ihr heute zu leben gezwungen seid. Nach Darwin  
braut die Natur mit verschwendlicher Hand eine Fülle  
von Brudertönnern aus; aber eine sehr große Anzahl der-  
selben gelangt niemals zur Reife und erreicht auch nie  
das erwachsene Alter. Die uns umgebende Natur strahlt  
schönbar in Ruhe und Schönheit, spendet uns ihre Gaben  
im Ueberflus, alles atmet in Frieden und Heiterkeit!

Bei näherem Zusehen jedoch gemahren wir, wie in  
der Natur ein ununterbrochener Vernichtungskampf statt-  
findet. Ein Kampf um das Dasein findet statt bis zur  
Vernichtung des Schwächeren. Ein Kampf, wo es kein  
Erbarmen gibt: grausame Zerstörung und Vernichtung  
des Gegners ist Gesetz in der Natur, um sich selbst zu  
behaupten.

Es versteht sich von selbst, daß in solchen allgemeinen  
Kämpfen um das Dasein nur die starken Individuen,  
Arten, Geschlechter sich siegreich behaupten können. Diese  
müssen schon gegenüber den anderen besondere Vorzüge  
besitzen, die natürlich sehr unterschiedlich und auch sehr  
mannigfaltiger Art sein können. Man hat nun diesen  
Kampf, der sich fortgesetzt in der Natur abspielt, auch  
automatisch auf das Menschengeflecht anzuwenden ver-  
sucht. Bei genauem Zusehen ist es ja auch so, denn die  
körperlichen und geistigen Eigenschaften sind recht un-  
gleich verteilt bei den Menschen.

Doch der Daseinskampf der Menschen ist durch den  
Zwang der Gesetze, durch Moral und Sitten gemildert  
und in Formen gebracht worden. Aber trotzdem geben  
auch bei den Menschen geistige und körperliche Vorzüge,  
persönlicher Fleiß und Strebenamt, trotz aller Gesetze,  
dem einen das Uebergewicht vor den anderen.

Der Kampf um das Dasein spielt sich also auch; unter  
den Menschen unter gewissen Formen und Gesetzen ab,  
genau so wie in der Natur auch.

Da der Mensch nun ein denkendes Wesen ist, konnte  
es nicht ausbleiben, daß sich im Verlauf des kulturellen  
Aufstiegs der Lebensformen unter den Menschen Inter-  
essengruppen bildeten. Klaffen, die darauf ausgehen, sich  
auf Kosten der anderen Gruppen besondere Vorteile zu  
erlangen und zu sichern.

So entstanden nach und nach die Gegenseite und die  
Kämpfe unter den Menschen: Völkerrkriege, Weltkriege.  
In diesem Ringen um das Dasein ist es ganz selbstver-  
ständlich, daß ein einzelnes Individuum so viel wie nichts  
zu bedeuten hat. Es kann sich nur behaupten in engstem  
Zusammenschluß mit seinesgleichen gegen die feindlichen  
Gewalten.

Die arbeitende Jugend muß daher frühzeitig erkennen,  
daß auch sie sich zusammenschließen muß mit den Ar-  
beitsgenossen, um sich zu behaupten im Kampf um das  
Dasein.

Ihr seid jung, aber je früher ihr eure Pflichten zu  
erkennen laßt, um so besser für die ganze Klasse, also für  
auch euch selbst.

In eurer sozialen Lage im bürgerlich prinzipial-  
istischen Klassenstaat habt ihr doch leiderlich trotz eurer  
Jugend so manches auszuhalten. Auch ihr müchtet wohl  
gerne zu einer höheren Kulturstufe gelangen, ihr findet  
aber noch nicht recht den Weg, wie man dazu gelangen

kann. Nun wohl, auch ihr Jugendlichen werdet keinen  
anderen Weg finden, der einpörführt zu des Lebens  
höhen, als den Weg, den wir, die Erwachsenen — die  
Alten, gegangen sind und noch gehen!

Den Weg der Organisation, der ziel-  
bewußten Gewerkschaftsarbeit!

Gerade die Jugend muß sich klar machen, daß es um  
sein oder Nichtsein geht. Im kulturellen Aufstieg oder  
um schmachvolle Knechtschaft, als Arbeitsflaven für die  
Kapitalisten. Wer letzteres nicht will, der muß sich auf-  
rufen, der darf nicht untätig zusehen und darauf warten,  
daß ihm alles Erwünschte von selbst zufällt.

Unsere Jugend ertrent sich heute so mancher Vorteile,  
die uns Alten verlaßt waren in unserer Jugend. Der  
Zusammenbruch der Monarchien und die Folgen, die sich  
daraus ergeben, konnten nicht ohne gewaltigen Einbruch  
bleiben. Die Jugend mußte diesen Einbrüchen nachgeben,  
und daraus ertlärt sich so mancher neuzzeitliche Zug an  
unserem Nachwuchs.

Aber die Jugend ist dazu berufen und verpflichtet,  
das Werk zu vollenden, was die Alten begonnen und er-  
richtet haben. Es gilt daher, sich mit dieser Aufgabe be-  
wußt vertraut zu machen und rechtzeitig die Qualifikation,  
die Fähigkeiten zu erwerben, die hierzu erforderlich sind.  
Vor allem gilt es, Kenntnisse, Wissen zu erwerben, sich mit  
der Menschheitsgeschichte vertraut zu machen. Die anderen  
Eigenschaften, die erworben werden müssen, sind vor allem  
das Bewußtsein der Solidarität mit den Klassenossen,  
das Klassenbewußtsein. Hieraus ergeben sich alle anderen  
Tugenden, Disziplin, Verantwortlichkeitsbewußtsein, Treue  
zur Sache und Beharrlichkeit im Streben, das gefestete  
Ziel zu erreichen.

Betrachten wir den Werdegang der Gewerkschafts-  
bewegung und ihre heutige Stärke, die trotz der wirtschaft-  
lichen Depression doch von gewaltiger Bedeutung ist, so  
bleibt doch eine Lücke. Es ist das Fehlen eines jungen  
Nachwuchses, der die Gewähr bietet, daß die Gegenwarts-  
arbeit mit stärkeren Mitteln und größerer Energie von  
diesem jugendlichen Nachwuchs übernommen, fortgesetzt  
und vollendet wird, wenn die Alten abtreten müssen.

In unsen Klaffen liegt es, die Jugend für diese Aufgabe  
zu ertüchtigen, und an der Jugend ist es, uns dabei willig  
entgegenzukommen.

Dem der Aufstieg des arbeitenden Volkes, die Be-  
freiung aus wirtschaftlicher und politischer Knechtschaft  
kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein.

Nichte nie den Wert des Mensch-  
schick nach einer kurzen Stunde.  
Dien sind bewegte Wellen,  
doch die Perle liegt am Grunde.

billigsten Arbeitskräften und mit gegenseitiger  
Preisunterbietung krassen sie ihr Dasein.

Inzwischen bilden die Industrieführer immer größere  
Wirtschaftskonzerne und gestalten den Weltmarkt nach  
ihrem Sinne.

In diesem Zusammenhange ist auch erwähnt, was  
Herr Holjamer zu der Frage Schwarzarbeit sagte. Da-  
nach würde von den Behörden selbst die Schwarzarbeit  
gefördert, denn die Arbeitsnachweise müßten solche ver-  
steteln. Zur Begründung berief er sich auf eine Bekannt-  
machung im „Arbeitsmarkt“ vom 6. März 1926.

Danach hat der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung  
am 28. Februar 1926 ein Rundschreiben verlanbt, in dem  
ausgesprochen wird, daß es die Aufgabe der öffentlichen  
Arbeitsnachweise sei (§ 2 d. A. N. G.), die Vermittlung von  
Arbeitern und Angestellten, also Unterbringung von Arbeit-  
nehmern in einem Arbeiter- oder Angestelltenverhältnis  
zu bewirken. Es sei sehr schwierig, eine Abgrenzung  
zwischen selbständigen und unselfständiger Arbeit zu  
treffen. Die Bedürfnisse der Praxis bringen es mit sich,  
daß sich der Arbeitsnachweis nicht immer auf eine Ver-  
mittlung in reine Arbeiter- und Angestelltenverhältnisse  
beschränken kann. Der Präsident empfahl aber den Ar-  
beitsnachweisen, bei Anfragen auf Vermittlung von bi-  
selbstständigen Arbeitnehmenden zu selbständigen  
Arbeitern, die sonst üblicherweise an Handwerkermeister ver-  
geben werden, den Auftraggeber erst an die Handwerker-  
meister zu verweisen. Die Vermittlung solle aber erfolgen,  
wenn der Auftraggeber solche trotz des Hinweises verlangt.

Also danach verlangten die Handwerker auch bezüglich  
der Arbeitsvermittlung ein Ausnahmerecht. Darauf ist  
man aber nicht eingegangen.

Auch auf das Arbeitsgerichtsrecht ging Herr Holj-  
amer ein. Hier vertritt er den Standpunkt, ein Urteil  
kann sich nicht in die Materie der einzelnen Berufs hinein-  
finden, deshalb lehnt er ihn als Leiter des Arbeitsgerichtes  
ab. Ebenso vertritt er nach wie vor den Standpunkt der  
Arbeitgeber, der Behovertag sei kein Werkvertrag,  
sondern ein Erzielungsvertrag.

Die Rechtsprechung vertritt im Einklang mit der Ver-  
fassung den gegenläufigen Standpunkt. Gerade weil die  
Angehörigen die Lehrlingsausbildung als festes Privileg  
betrachten, vertreten sie aus kleinlichen, rein egoistischen  
Gründen diesen reaktionären Standpunkt, durch den ebe-  
falls so radikal geklammten Mund des Herrn Holjamer.

Natürlich leben diese großen Geister auch eine Gefahr  
darin, wenn eine Erwerbslosenversicherung eingeführt  
wird. Dadurch würde das Handwerk dem vollständigen  
Ruin entgegengeführt. Die Millionen, die ständig ohne  
Erwerb bleiben, mögen verderben, wenn nur die Hand-  
werkermeister billige Arbeitskräfte haben, d. h. nach Ge-  
winnlehrlinge halten dürfen, mögen die nach der Lehre  
verkommen. Schwarzarbeit dürfen sie aber nicht machen,

das ist Privileg der Krauer. Auch so ein dunkler Punkt  
in der neuzzeitlichen Entwicklung.

Wenn es schon den Meistern gestattet ist, die Aus-  
gelernten auszuqualifizieren, indem sie sich gegenseitig aus-  
bilden, dann liegt sicher kein Grund vor, auf Arbeit zu  
verzichten, wo sich solche bietet. Schließlich kann den  
Meistern doch nicht erlaubt sein, was man den Besten  
zu verbieten sucht. In dieser Hinsicht hat die Moral der  
bürgerlichen Christen überhaupt verschiedene Wäcker. Den  
unteren Klaffen mit geringen Einkommen ist jede doppelte  
Erwerbsquelle verhoffen, den oberen Klaffen jedoch  
werden keine Schranken gesetzt, die dürfen soviele Geschäfte  
betreiben wie es ihnen gefällt.

## 5. Sitzung des Ausschusses des ADGB. in Berlin.

Der Bundesvorsitzende, Theodor Leipart, erstattete zu-  
nächst den Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes.  
Er teilte unter anderem mit, daß ein vorbereiteter „Ge-  
werkschaftsausschuss für Berufsberatung“ eingerichtet worden  
ist, in dem der ADGB. und der AFD. Bund mit zu-  
sammen sechs, der DGB. mit vier und der Gewerkschafts-  
ring mit zwei Delegierten vertreten sein sollen. Ferner ist  
eine zentrale Eintausgenossenschaft zum Vertrieb für  
Büroarmaterialien und Papier („Europa“) gegründet  
worden, deren Geschäftstätigkeit am 1. Oktober begonnen  
hat. In dieser Neugründung ist auch die „Kongenta“,  
die Dachgesellschaft der Parteiunternehmungen, beteiligt.  
In der Debatte brachten alle Redner zum Ausdruck, daß  
die Sammlungen für die streitenden englischen Bergleute,  
an die Leipart in seinem Bericht gleichfalls erinnert hatte,  
mit Nachdruck fortgesetzt werden müssen. Diese Mah-  
nung fand allgemeine Zustimmung. Am Schluß der  
Debatte stellte Genosse Leipart fest, daß sich der ge-  
samte Bundesauschuss in der Erkenntnis der großen Be-  
deutung des Streiks in England der in der Diskussion zum  
Ausdruck gekommenen Auffassung, die Sammlungen mit  
verdrücktem Eifer fortzusetzen, anschließt.

Sodann erläuterte und begründete Genosse Dr. Broeder  
Vorschläge betreffend Maßnahmen zum Schutze der  
älteren Arbeiter. Unter der Wirtschaftskrise leiden die  
älteren Arbeiter besonders stark, weil die Unternehmer  
sehr mehr als sonst geneigt sind, ältere durch jüngere  
Arbeitskräfte zu ersetzen. Genaue Feststellungen über den  
Umfang dieser Erscheinung lassen sich nicht machen, aber  
der Augenchein lehrt, daß die Benachteiligung der älteren  
Arbeiter doch so groß ist, daß sich besonders Maßnahmen  
zu ihren Gunsten rechtfertigen. Zu diesem Zwecke ist vor  
allem entsprechend einzuwirken auf die Arbeitsvermittlung;  
die Arbeitsnachweise sollen die Möglichkeit bekommen, der  
Benachteiligung der älteren Arbeiter bei der Stellen-  
vermittlung entgegenzuwirken. Notwendig ist ferner ein  
gewisser Zwang zur Beschäftigung älterer Arbeiter sowie  
eine Verstärkung des Schutzes gegen Entlassungen. Diese

Geschäftspunkte seien bei der Aufstellung der Vorschläge  
maßgebend gewesen. In der Debatte wurde die mit den  
Vorschlägen verbundene Ansicht allgemein begrüßt. Einige  
Redner fordern eine Erweiterung der Vorschläge, andere  
eine Abänderung ihres Wortlautes. Die Vorschläge  
wurden an die Vorstände zur weiteren Prüfung über-  
wiesen.

Der Bundesauschuss beschäftigte sich an beiden  
Sitzungstagen mit der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit  
und der Betämpfung von Ueberstunden. Genosse Leipart  
leitete die Aussprache ein. Angesichts der hohen Zahl  
der Arbeitslosen sei die Ueberstundenarbeit, sofern sie nicht  
infolge besonderer Umstände unumgänglich notwendig ist,  
besonders verwerflich. Die Betämpfung der Ueberstunden  
schleife in sich die Forderung, daß der Achtstundentag nicht  
überschritten wird. Es sollen in Zukunft nur dann Ab-  
weichungen vom Achtstundentag zugelassen werden, wenn  
dringende Notfälle vorliegen oder wenn Ueberstunden zur  
Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Wäh-  
ringens von Arbeitszeugnissen erforderlich sind. Die  
Feststellung eines Arbeitszeitgesetzes können die Ge-  
werkschaften nicht abwarten. Sie müssen daher, um der  
dringenden Not der Arbeitslosen so schnell wie möglich zu  
begegnen, ein Notgesetz fordern. Aber auch die Ver-  
schärfung eines solchen erfordert Zeit, weshalb sich der  
Bundesauschuss auch an die Verbände wenden muß, damit  
sie mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln der  
Häufung der Ueberstunden entgegenzutreten.

Der Vertreter der sozialpolitischen Abteilung beim  
Bundesvorstand, Spliedt, der Leiparts Ausführungen  
ergänzte, legte dar, daß in den letzten Monaten keine zu  
irgendwelchen Hoffnungen berechtigende Verringerung der  
Arbeitslosigkeit eingetreten sei. Voraussetzungen über die  
Entwicklung des Arbeitsmarktes lassen sich zwar nicht ein-  
mal für die nächste Zukunft machen, aber es liegen zahl-  
reiche Gründe zu einer sehr ernsthaften Beurteilung der  
Lage und damit genügend Gründe zur Durchführung schnell  
wirkender Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit vor. Da  
der Widerstand der Arbeitgeberverbände gegen die baldige  
Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes groß ist, ist es no-  
wendig, die deutsche Gesetzgebung jetzt sofort zu einer Teil-  
regelung der Arbeitszeitfrage durch ein Notgesetz zu  
brängen, das eine den Forderungen der Gewerkschaften  
entsprechende Regelung in entscheidenden Punkten vor-  
wegnehmen soll.

In der sehr eingehenden Debatte wandten sich die  
Redner verschiedener Verbände vor allen Dingen gegen den  
Wißbrauch, der mit dem Begriff Arbeitsberei-  
tschaft in einer Reihe von Berufen des Bergwerks-  
gewerbes, der kraftzergebenden Industrie sowie im Gast-  
haus- und Friseurgewerbe getrieben wird. Die in der Ent-  
schließung aufgestellten Forderungen sollen durch ent-  
sprechende Änderungen der geltenden Arbeits-  
zeitverordnung verwirklicht werden.

Der Bundesauschuss nahm einstimmig folgende Ent-  
schließung an:

**Entscheidung**

betr. Forderung eines Notgesetzes zur Verkürzung der Arbeitszeit.

Als Folgeerscheinung der völlig verfehlten und von den Gewerkschaften bekämpften geltenden Arbeitszeitregelung haben wir heute eine teilweise unmäßige Überbeurteilung der Arbeitszeit und ein unerträgliches Überforderungsmaß, während zugleich für zwei Millionen Menschen die Möglichkeit zur Verwertung ihrer Arbeitskraft nicht finden können und fast dessen der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen. Dieser furchtbare Zustand, der bei weiterer Fortbestehen der geltenden Arbeitszeitverordnung dramatisch zu werden droht, hat uns Recht Empörung und Unmuth unter Arbeitlosen und Arbeitenden hervorgelufen.

Es ergibt sich daher die zwingende Forderung, eine gerechtere Verteilung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeit dadurch herbeizuführen, daß die regelmäßige Arbeitszeit sofort auf das von den Gewerkschaften auch aus vielen anderen Gründen stets geforderte Höchstmaß von acht Stunden täglich zurückgeführt wird. Die Notwendigkeit einer gerechteren Verteilung der Arbeitsmöglichkeit ist auch im Reichsarbeitsministerium bereits insofern anerkannt worden, als im Zusammenhang mit der Arbeitsbeschaffung von dort Überforderung als unerwünscht bezeichnet wurden. Um so mehr muß energischer Protest dagegen erhoben werden, daß bis in die jüngste Zeit noch Schicksalsfrage gestellt und sogar für verbindlich erklärt worden sind, die den Arbeitern eine längere als achtstündige Arbeitszeit aufzuzwingen.

Angeichts der katastrophalen Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist es für die Gewerkschaften unerträglich, eine den gegenwärtigen Bedürfnissen entsprechende, vernünftige Arbeitszeitregelung von dem zweifelhaften Ausgang der Beratung eines allgemeinen Arbeitszeitgesetzes abhängig zu machen. Der Bundesausschuß fordert daher eine sofortige Regelung durch ein Notgesetz, das den Achtstundentag wiederherstellt.

**II.**

Angeichts der großen und langdauernden Arbeitslosigkeit ist es nicht zu verurteilen, daß trotzdem in vielen Betrieben die reguläre Arbeitszeit noch durch Mehr- und Überstunden verlängert wird. Der Bundesausschuß verpflichtet deshalb alle Verbände, diesen Kamelen auch aus eigener Kraft mit geeigneten Maßnahmen energisch entgegenzuwirken. Er fordert die gesamte Arbeiterschaft auf, durch die Unterstützung dieser Bemühungen Solidarität an den erwerbslosen Arbeitsbrüdern zu üben.

Am Aufrage des Bundesvorstandes erhaltene Johann Grosse Schlimme den Bericht der Kommission zur Vereinfachung der gewerkschaftlichen Verwaltungseinrichtungen. Er erinnerte an den Beschluß einer früheren Bundesausschussesitzung, durch den die Kommission eingesetzt wurde und schärferte ihre Arbeitsweise. Das Einzelmitgliedsbuch wird im nächsten Jahre von 27 Verbänden eingeführt sein. Die Kommission hat den Verbänden zunächst Maßnahmen zu einer Finanzreform zwecks Erleichterung des Kampffonds vorgeschlagen. Sie hatte außerdem die Aufgabe, Anregungen zur Verringerung der Ausgaben zwecks Herbeiführung einer Einheitslichkeit der Beiträge wie der Leistungen der Verbände und einer Vereinfachung der Verwaltungsausschüsse zu geben. Die Vorschläge der Kommission, die der Sekretär im einzelnen erläuterte, beziehen sich vor allem auf die Höhe des Beitragsgebotes und die Staffeltung der Beiträge sowie auf ihre Verteilung auf die Orts-, Gau- und Hauptkassen, werden sich aber auch ausdehnen auf den Aufbau der Unterstützungseinrichtungen und die Höhe der Unterstützungssätze. Mit allen Vorschlägen der Kommission, die den Verbandsvorständen bereits schriftlich zugegangen waren, haben sich die Mehrzahl der Verbände mit der Mehrzahl der Mitglieder einverstanden erklärt. Die von anderen Organisationen erhobenen Einwände sind nicht von entscheidender Bedeutung.

Im Anschluß an die Ausführungen Schlimmes erklärte Beipart, daß die Vorschläge der Kommission als einheitliche Richtlinien zu betrachten seien. Durch die Anerkennung soll nicht sofort verbindliches Recht geschaffen werden. Vielmehr wird den Verbänden eine Übergangsfrist zu ihrer Durchführung eingeräumt werden.

Der Bundesausschuß beschloß dementsprechend, daß die Vorschläge der Kommission als Richtlinien zu gelten haben, die möglichst bald von allen Verbänden durchgeführt werden sollen.

**Der Verbandstag der Sattler, Klemer und Täschner in der Tschechoslowakei.**

An den Seiten vor dem Krieg hatten wir Gelegenheit, auf den Generalversammlungen unserer österreichischen Bruderorganisationen auch mit den Kollegen aus der Tschechoslowakei zusammenzutreffen. Heute haben diese Gebiete einen eigenen Staat und auch eigene Organisationen. Leider hat die Zerstückelung der Staatenlandschaft in den einzelnen Ländern noch zur weiteren Zersplitterung der Arbeiterorganisationen geführt. Es bestehen Berufe, in denen die Arbeiter nach sehr verschiedenen Gesichtspunkten organisiert sind. Die nationale und politische Einseitigkeit vieler Parteistellen teilt die Arbeiterschaft in Schwärze, kaum lebensfähige Verbände. So sind die Sattler einmal in der tschechoslowakischen Organisation, dann in dem sogenannten Reichsböhmischer Verband böhmischer Oberhand und auch noch in dem kommunistischen Einheitsverband. Den Unternehmern wird daher der Spruch des Nero: "Teile und herrsche!" sehr leicht gemacht.

Am Sonntag, dem 26. September, traten die 21 Delegierten des Verbandstages mit dem Verbandsvorstand zu einer Vorbereitungsversammlung zusammen, der ebenfalls Beipart als Beobachter in dem neuerrichteten Geschäftshaus folgte.

Am Montag erfolgte die Eröffnung des Verbandstages. Als Gäste waren außer dem Vertreter unseres Verbandes, dem Kollegen Blum, der Kollege Klatz aus Wien und ein Vertreter der tschechischen Lederarbeiter erschienen. Blum vertrat außerdem den internationalen Ge-

freier Genossen Simon, der sich zurzeit in Amerika zum Studium der Wirtschaftslage unserer Berufe aufhält. Die Prager Tapezierer waren eingeladen, jedoch nicht erschienen, auch einer persönlichen Einladung an demselben Tage nicht gefolgt. Der Geschäftsbericht wurde von dem Sekretär Kollegen Balchaz gegeben, der auch gleichzeitig die Reduktion des Jahrbüchtes verlas. Aus den Berichten ist zu entnehmen, daß der Verband im Jahresverlauf 1925 1124 Mitglieder zählte. Die Fluktuation ist eine sehr starke. Die Mitglieder setzen sich zusammen aus 220 Leinwand, 250 Karosierfäulern, 140 Treibriemenfäulern und über 400 Geschirrfäulern. In der Tat sah man in Prag noch sehr viele Pferde, die noch Geschirre trugen, waren reichliche Sattlerarbeiten waren. Nebenher ist aber der Kraftwagenverkehr sehr stark entwickelt. Zu Einnahmen waren in den letzten drei Jahren 331 847 Kronen zu verzeichnen, einschließlich des Kassenbestandes vom 1. Januar 1925 von 45 483 Kronen. Die Ausgaben betragen 239 409 Kronen, davon 92 535 Kronen für das Jahrbuch. Die Verwaltung ist allerdings sehr teuer, einmal infolge der zu niedrigen Beiträge und ferner wegen der geringen Zahl der Mitglieder. 76 669 Kronen wurden für Unterhaltungen ausgegeben. Der Kassenbestand betrug im März ungerundet am Jahresanfang 11 555 Mt. In den Ausgaben befinden sich auch noch 36 116 Kronen, die dem Streikfonds, der gesondert geführt wird, zugewiesen wurden. Die Beiträge betragen 3, 2, 1 und 1/2 Krone wöchentlich. Jetzt wurde noch eine Klasse mit 4 Kronen hinzugefügt und für Prag kommt noch ein Votalszuschlag von 2 Kronen pro Monat in Frage. Da eine Krone 12 1/2 Pf. ungerundeter Betrag ist, der Wochenbeitrag in der ersten Klasse 50 Pf. ausschließlich Votalszuschlag. Aus dem Bericht war ferner zu entnehmen, daß der Wochenlohn für 48 Stunden für die Teilnehmer 300 Kronen beträgt, für Karosierfäulern 350 Kronen, für Treibriemenfäulern 250 Kronen und für Geschirrfäulern 240 Kronen. Dieses sind Mindestlöhne und werden nach Leistungszulagen sowie erhöhte Akkorddienste erzielt. Zu verurteilen ist ferner, daß die Krone einen immer höheren Kaufwert besitzt als wie im Jahre der Einführung. Selbstverständlich hatte der Verbandstag keinen kommunikativen Einfluß. In ihrer Weisheit sind diese Kommunalen doch grundverschieden gegenüber dem, was man bei uns gewöhnt ist. Die Opposition wurde namentlich von Brühn aus geführt. Wie uns gesagt wurde, hat diese Stellung mehr ihre Ursache in politischen Differenzen; ungefähr dieselbe Art wie zwischen Bayern und Preußen.

Eigentlich wurde die Hauptdebatte dieser Art nach einem Vortrag des Generalsekretärs Thanezle von der Gewerkschaftskommission über die Sozialgesetzgebung und den Achtstundentag geführt. Die Frage der Verheiratung wurde sehr lebhaft berührt, obgleich die Lösung auf dem Boden derselben steht. Auch die Lederarbeiter würden dieselben zustimmen. Schon jetzt haben dieselben ein Bureau mit den Sattlern zusammen gemeint. An unseren Abschiedsworten unterstrichen wir noch einmal ganz besonders die Notwendigkeit der Zusammenlegung der Verbände, die auf einem gleichen politischen Boden stehen, und es darf zuversichtlich gehofft werden, daß das Werk, was Dudgegess-Ammerham vor einigen Wochen begonnen hat, bald gelingen möge.

Noch einige allgemeine Bemerkungen. In dem dreitägigen Aufenthalt habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß die Tschechoslowakei eine Entwicklung hat, und zwar nach oben. Liegen zurzeit auch eine Reihe von Gewerben daneben, so zeigt doch die politische Struktur des Landes ein gelundes Aussehen im Gegensatz zu Polen. Die Lebhaftigkeit des Verkehrs, die Einrichtungen in Verkehr und Handel, das Eisenbahnsystem usw. verraten einen modernen aufstrebenden Staat. Deutlich sieht man den Einfluß der organisierten Arbeiterschaft. Wir sehen Betriebe und Gebäude für die Sozialpflege, wie sie Berlin nicht aufzuweisen hat. Insbesondere ein kolossaler Bau für die Krankenkassenverwaltung für das innere Prag. Andere Bauten, so für die Unfallversicherung, sollen folgen und sind schon projektiert. Das Gewerkschaftshaus ist loben würdig worden und hat 36 Millionen Kronen gekostet, wovon die Gewerkschaften 12 Millionen Kronen getragen haben, das übrige die Stadt. Die Partei besitzt ein schönes Hotel mit ein Votalshaus, in dem bis jetzt die Gewerkschaftsbureaus untergebracht sind. Bewundernswürdig werden diese Votale durch eine Kellnergenossenschaft, deren Regie wohlwollend sich davon abhebt, was wir bei uns schon gesehen haben. Ueberhaupt ist das Wesen der Produktionsgenossenschaft in diesem Lande stark ausgebildet. Fast in allen Berufen und in jeder größeren Stadt bestehen solche Genossenschaften. In der Sattlerei existieren in Prag vier Genossenschaften. Eine größere, welche 24 Leute beschäftigt, verfertigt Lederwaren, eine andere ist von den Kriegesbeschädigten gegründet worden, welche abgeworfener Lederwaren und Geschirre und sind dort acht Kollegen beschäftigt. Die vierte Genossenschaft betreibt Treibriemenherstellung und Wagenbau und werden 18 Kollegen beschäftigt; letztere Genossenschaft zählt aber 70 Mitglieder. Diese Genossenschaften treiben allerdings eine starke Konkurrenz nicht allein gegen die Privatindustrie, sondern auch gegenseitig. Dabei sind sie alle durch Verbände getrennt gegründet worden. Die Schattenseiten solcher Betriebe sind aber auch darin zu sehen, daß diese dort beschäftigten Kollegen zum Teil das Verständnis für den Kampf mit dem Unternehmertum verlieren und sich leicht in rabulische Strömungen verlieren können. Als Exportbetriebe kann man diese Genossenschaften nicht anprechen und suchen sie Beschäftigung nur innerhalb des heimischen Marktes zu finden.

Der Gemeinheitsdruck, den dieses Land dem objektiven Beobachter aufzwingt, ist der, daß die Tschechoslowakei den Willen hat, ein politisches und wirtschaftliches Eigenes zu gestalten und daß ferner in einem beachtlichen Teile der Arbeiterschaft sich die Erkenntnis Bahn bricht, daß mit der Niedrighaltung der Löhne auf die Dauer sich die Wirtschaft eines Landes nicht behaupten kann.

P. Blum.

**Korrespondenzen.**

Leipzig, Am Mittwoch, dem 22. September 1926, fand in Leipzig eine Erwerbstätigenversammlung statt. Der Vertreter fand allgemein Beifall.

Ausgehend von dem Abbruch der internationalen Beziehungen der Arbeiterschaft infolge des Krieges streift die Abfassung der Zeitschrift vor und nach dem Kriege unter besonderer Beachtung der Tatsache, daß vor dem Kriege 10 Millionen Erwerbstätige gezählt wurden, jetzt aber fast 10 Millionen in der Produktion unterkommen sind. Gewürdigt wurde die Tatsache, daß nicht nur Deutschland, sondern auch Rußland mit 16 Proz., Frankreich mit 12 Proz. und England nur 8 Proz. Arbeitslosen zu rechnen hat. Dazu kommt natürlich in Deutschland, daß die Unternehmer die Betriebe technisch schlecht ausgebaut haben und den Arbeitern schlechte Löhne zahlen, die den Inlandsmarkt nicht heben können, die kaum gehalten, das Leben zu kränken. In dieser engstirnigen Politik geht es nach der Kampfer der Unternehmer gegen die sozialen Einrichtungen, besonders gegen die Erwerbslosenfürsorge. Redner freizit alle Maßnahmen, welche die SPD beantragt hat, um die Not der Erwerbslosen zu lindern, die von einem Teil der Arbeiterschaft nicht immer gewürdigt wurde, angefangen von der Pflichtarbeit bis zur Arbeitsbeschaffung. In Leipzig ist zur Beteiligung der Pflichtarbeit Vorbildliches geleistet worden, wo a. d. r. Verwaltungen aus dieser Frage noch wenig getan haben. Zustimmung zu schaffen, jeden Arbeiter vor Augen führen, daß auch er vom Weipens der Arbeitslosigkeit nicht verschont wird, schafft schließlich den Boden, wo nührende Arbeit geleistet werden kann. Nicht beiseite lassen, nicht über Resolutionen lassen, sondern in den gewerkschaftlichen Organisationen praktische Arbeit leisten, das Heer der Unorganisierten für uns gewinnen, die Macht der Arbeiterklasse festigen; nur so wird es uns gelingen, das Los der Arbeitslosen zu bessern. Diesem am vielen praktischen Beispielen reichen Referat schloß sich eine sehr ergebnisreiche Sprache an. Erwerbslosentweilung wurde nicht Kritik an den einzelnen Führern geübt, sondern sachlich die verschiedenen Punkte behauptet. Scharf ins Gericht ging man mit den Kollegen, die immer noch als Spezialisten überhand machen. Kritisiert wurde auch das schädliche Umhanteln. Verlangt wurde praktische Solidarität, besonders von den in Arbeit Stehenden. Bei einigermaßen gutem Willen könnte so mancher Kollege noch untergebracht werden. Leider war die Verammlung nicht auf besucht, es fehlten besonders die Kollegen, die ständig auf den Arbeitsnachweh schimpfen.

Gründer i. Schl. Am 18. September tagte hier eine öffentliche Werberversammlung. Kollege Ampfemilich-Breslau sprach über „Warum bin ich organisiert?“. Er schloß die Entscheidung und Entwicklung des Verbandes und die Hindernisse, die zu überwinden waren, bis wir zu starken Organisationen werden konnten. Er schloß auch, was uns alles durch die Revolution in den Kopf geblasen ist; wenn nicht alles den Wünschen des einzelnen entspricht, so sind diese meist mit schuld, denn sie haben der Organisation den Rücken gekehrt. Es sei Pflicht jedes Mitgliedes, für den Verband zu werden, damit unser Reihen wieder so stark werden wie einst. Die Anwesenden folgten aufmerksam den Ausführungen, nach Beantwortung einiger Fragen erfolgte Schluß der Versammlung.

**Verbandsnachrichten.**  
(Besanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverbände.)

Vom 11. bis 17. Oktober ist der 41. Wochenbeitrag fällig.

Wer sich vor Schäden schützen will, bezahle seine Beiträge regelmäßig.

Das Mitgliedsbuch Nr. 34864, auf den Namen Erwin Rückemeyer lautend, ist anzuhalten und an die Hauptverwaltung einzuliefern.

Desgleichen die Mitgliedskarte Nr. 50495 auf den Namen G. H. v. S. zu ergä, da derselbe als Inhaber von Reichsheim-Vermietlischen noch abzurechnen hat.

Auf eine fünfundsamundachtzigjährige Mitgliedschaft im Verbande können zurückblicken:  
Berlin: Reinhold Starke und Rudolf Sattler, Sattler.

Zur Beachtung! Den Redaktionen der Zeitschrift „Der Arbeiter“ teilen wir mit, daß die Lieferung vom 1. Oktober, sondern unständlicher erst vom 1. Januar 1927 an erfolgen kann.

Auf Anfrage teilen wir mit, daß der Offener Tarifvertrag für die Lederwarenindustrie bereits am 28. August verhandelt worden ist. Es ist daher nicht mehr verständlich, wenn in der Oktobernummer des Offener Mitteilungsblattes bekannt gemacht wird, die Grenzpreise würden in ungefähr 14 Tagen im Bureau abgehandelt werden können.  
Die Hauptverwaltung.

**Versammlungskalender.**  
Mittwoch, den 20. Oktober, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Versammlung für alle Branden. Referent: Reaktor Har.

**Sterbefall.**  
Berlin, Am 3. Oktober starb der Kollege Ernst Harder (Wäme-u. Seltener) im Alter von 61 Jahren. Er war 23 Jahre Verbandsmitglied. Hier starb der Portefeulier Ernst Reiter im Alter von 29 Jahren.  
Ehre ihrem Andenken.